

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-005235/2012
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

Konrad Szymański (ECR) und Martin Kastler (PPE)

Betrifft: Mittel aus dem EU-Haushalt und Zielvorgaben für Sterilisationen in Indien

2009 hat die indische Regierung von der Kommission unter der Haushaltslinie 19 10 01 01 99 Mio. EUR erhalten. Die Mittel gingen an das nationale Programm für die Gesundheit von Müttern und Kindern, das Teil der nationalen Mission für die Verbesserung der Gesundheitssituation in ländlichen Gebieten (National Rural Health Mission) ist. Die 2005 begonnene National Rural Health Mission ist ein Achtjahresplan zur Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden Gesundheitsdiensten in den ländlichen Gebieten Indiens als Beitrag zur Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele.

Verschiedene indische Regierungsprogramme bieten jungen Paaren finanzielle Anreize, wenn diese einwilligen, ihre Familienplanung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, länger zwischen den Geburten abzuwarten oder sich sterilisieren zu lassen. Entsprechende Praktiken enthalten u. a. die Programme Jansankhya Sthirata Kosh und Prerna. Andere Programme, darunter Santushti, werden von der Regierung für die Erfüllung bestimmter Zielvorgaben für Sterilisationen belohnt. Der EU-Haushalt unterliegt spezifischen Bestimmungen hinsichtlich des Verbots und der Bekämpfung von Zwangssterilisationen.

- Sind der Kommission die in diesen Programmen verwendeten Praktiken bekannt?
- Ist sie der Auffassung, dass durch solche Praktiken Zwang ausgeübt wird?
- Verwendet sie Mittel des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit zur Unterstützung solcher Praktiken?